
PRESSEGESPRÄCH
30. JANUAR 2019:
BERUFSMONITORING
MEDIZINSTUDIERENDE

STATEMENT VON DR. ANDREAS GASSEN
VORSITZENDER DES VORSTANDS

ES GILT DAS
GESPROCHENE WORT

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

Sie haben es soeben gehört: Dies ist die dritte große Befragung, die wir unter den Medizinstudierenden in ganz Deutschland gemacht haben. Obwohl seit dem ersten Berufsmonitoring acht Jahre vergangen sind, sind die meisten Ergebnisse bemerkenswert konstant. So ist und bleibt die Anstellung die bevorzugte Form der Tätigkeit: 90 Prozent der Studierenden sympathisieren damit. Immerhin hat der ambulante Sektor hier leicht an Attraktivität gewonnen, während das Krankenhaus ein paar Sympathiepunkte eingebüßt hat. Die Zahl derer, die sich gerne von einem selbstständigen Praxisinhaber anstellen lassen würden, ist seit der ersten Erhebung deutlich gestiegen, auf nunmehr 62 Prozent.

Eine Tätigkeit in eigener Praxis ist für viele wünschenswert, aber längst nicht mehr das Non-plus-Ultra. Und wenn es die Praxis sein soll, dann möglichst mit anderen Ärzten gemeinsam. Das Modell „ein Arzt, eine Praxis“ scheint geradezu verpönt: Für weniger als fünf Prozent aller angehenden Ärzte ist die Einzelpraxis das Maß aller Dinge. Wichtig für junge Ärztinnen und Ärzte ist und bleibt der Wunsch nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies bestimmt maßgeblich die Erwartungen an die Arbeitsbedingungen. 50- bis 60-Stundenwochen, das wirtschaftliche Risiko einer eigenen Praxis und Bürokratie gehören offenkundig nicht dazu.

Meine Damen und Herren, beim Betreten dieses Gebäudes sind Sie an unserer rückwärts laufenden Arztzeituhr vorbeigekommen. Sie stellt dar, wie viel ärztliche Arbeitszeit dadurch verloren geht, dass immer mehr Ärzte in einem Angestelltenverhältnis mit maximal 40 Wochenstunden arbeiten – bei Teilzeit auch deutlich darunter –, statt selbstständig in eigener Praxis mit im Schnitt 52 Wochenstunden. Jede Minute gehen dadurch deutschlandweit rund 474 Minuten ärztliche Arbeitszeit verloren. Das macht für die Dauer dieser Pressekonferenz ungefähr 500 Stunden. 500 Stunden, in denen keine Diagnosen gestellt, keine Therapien besprochen und keine Operationen durchgeführt werden können.

Damit Sie mich nicht falsch verstehen: Dies ist ausdrücklich keine Kritik an den jungen Medizinerinnen und Medizinern, die nicht mehr bereit sind, sich in dem Maße für den Beruf zu „opfern“ wie es frühere Generationen getan haben. Wir haben es mit einer selbstbewussten Generation zu tun, die weiß, was sie will – und was sie nicht will. Aus Sicht des Einzelnen sind die Wünsche absolut verständlich und nachvollziehbar. Problematisch wird es erst aus der gesamtgesellschaftlichen Perspektive: Unser heutiges ambulantes Gesundheitssystem funktioniert schlichtweg nicht ohne die selbstständigen Ärzte in eigener Praxis – schon gar nicht, solange die Politik den Versicherten ein unbegrenztes Leistungsversprechen macht!

Das nächste große Gesetzesvorhaben von Minister Spahn verspricht den Patienten noch mehr und noch schnellere Termine. Um es klar zu sagen: Dieses Versprechen wird nicht zu halten sein, wenn immer mehr Ärztinnen und Ärzte der Selbstständigkeit den Rücken kehren und in die Anstellung gehen. Die Politik wäre deshalb gut beraten, den Nachwuchs nicht mit immer neuen gesetzlichen Vorgaben und Eingriffen – Stichwort Bürokratie – von einer Niederlassung abzuschrecken. Die inhabergeführte Praxis als attraktives Modell zu erhalten und zu gestalten muss das Ziel jedweder Gesundheitspolitik sein, die diesen Namen verdient. Die inhabergeführte Praxis darf kein Auslaufmodell werden, sonst fährt das System auf lange Sicht an die Wand!

Unser Berufsmonitoring ist deshalb nicht nur aufschlussreich hinsichtlich der Frage: Wie tickt die künftige Ärztegeneration? Wie sollten Studium, Weiterbildung und Arbeitswelt gestaltet sein, damit der Beruf weiterhin attraktiv bleibt? Sondern es ist auch ein Weckruf und eine Warnung: Wenn die Schere zwischen dem vermeintlichen Versorgungsbedarf – also dem Leistungsversprechen der Politik – und den Bedürfnissen der zukünftigen Ärzte zu weit auseinandergeht, dann liegt das Problem nicht bei den Ärzten. Sondern bei der Politik, die feststellen wird, dass sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht hat.